

Nr. 19/51 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bauen in Bremen – aber wann und wo?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Oktober 2015
(Drucksache [19/36 S](#))
2. Können ausreichend Wohnraum und Bauflächen in Bremen bereitgestellt werden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 28. Oktober 2015
(Drucksache [19/38 S](#))

Nr. 19/52 S

Fragestunde

1. Sportabiturvorbereitung und -abnahme
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Oktober 2015
2. Busersatzverkehr auf der Straßenbahnlinie 8 als Dauerlösung?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Oktober 2015
3. Personelle Situation im Jobcenter Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Oktober 2015
4. Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2015
5. Wie handlungsfähig ist das Bauamt Bremen-Nord?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2015
6. Polizeieinsätze bei Heimspielen von Werder Bremen
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. Oktober 2015
7. Bearbeitungsstau im Amt für Soziale Dienste
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Oktober 2015
8. Wie wirkt der Senat dem Fachkräftemangel in der Jugendhilfe entgegen?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. Oktober 2015

9. Planungen Güldenhaus-Quartier
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. Oktober 2015
10. Streit im Senat über Eignung von Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 29. Oktober 2015
11. Neubau einer Mensa an der Grundschule „Delfter Straße“
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 29. Oktober 2015
12. Ausschreibung Grundstück Pastorenweg in Gröpelingen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 3. November 2015
13. Beschlagnahme von leerstehenden Gebäuden zur Vermeidung von Obdachlosigkeit
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 5. November 2015
14. Plattdeutsch an Grundschulen
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 10. November 2015

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 19/53 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/54 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Stadtbürgerschaft wählt

Herrn Wolfgang S c h o b e r

anstelle des Abgeordneten Peter Erlanson zum Mitglied der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Nr. 19/55 S

Mehr Wohnraum im Hulsberg-Viertel schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 13. Oktober 2015

(Drucksache [19/34 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/56 S

Bedarfe von Kindern und Familien decken, unzumutbare Belastung der Beschäftigten senken – Soziale Arbeit aufwerten und langfristig sicherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 22. Oktober 2015

(Drucksache [19/37 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/57 S

Unterkünfte für geflüchtete Frauen unverzüglich einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 3. November 2015
(Drucksache [19/39 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 24. November 2015

(Drucksache [19/57 S](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen, damit ist auch der Änderungsantrag erledigt.

Nr. 19/58 S

Getrennte Unterbringungsmöglichkeiten von geflüchteten Frauen kurzfristig einrichten – den Rechtsstaat auch in den Flüchtlingsunterkünften durchsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/58 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/59 S

Flüchtlingsunterkunft und weitere spezifische Angebote nur für Frauen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/60 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- a) unverzüglich eine Flüchtlingsunterkunft nur für Frauen in Bremen zu errichten und
- b) ein Konzept zum spezifischen Beratungs- und Betreuungsbedarf traumatisierter geflüchteter Frauen, Mütter mit ihren Kindern und Mädchen zu erstellen. Dieses Konzept soll der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration bis zum Frühjahr 2016 vorgelegt werden.

Nr. 19/60 S

Jugendpolitik in Bremen stärken!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. November 2015
(Drucksache [19/40 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. November 2015

(Drucksache [19/55 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII zu entwickeln und eine Steuerung der Angebote, Dienste und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vorzunehmen. Dabei sind die Jugendlichen zu beteiligen. Die Jugendhilfeplanung

kann alternativ auch durch externe Expertinnen und Experten mittels eines unabhängigen Gutachtens ermittelt werden.

2. einen Kinder- und Jugendbericht zu erstellen. Die thematische Schwerpunktsetzung des Berichts wird durch den Jugendhilfeausschuss beraten und beschlossen.

Der Kinder- und Jugendhilfebericht wie auch die Jugendhilfeplanung einschließlich der Stellungnahme des Jugendhilfeausschuss sollen der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und der Stadtbürgerschaft bis spätestens Juni 2017 vorgelegt werden.

Nr. 19/61 S

Jugendpolitik in Bremen stärken!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/56 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/62 S

Rechtswidrigen Zustand beheben – Stadtteilbudgets für die Beiräte in den Haushalten ab 2016 abbilden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. November 2015
(Drucksache [19/41 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 19/63 S

Ortsgesetz zur Änderung ortsentwässerungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 10. November 2015
(Drucksache [19/44 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/64 S

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2015

Mitteilung des Senats vom 17. November 2015
(Drucksache [19/49 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist das zweite Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2015, den Nachtragsproduktgruppenhaushalt und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 19/65 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 3 vom 20. November 2015

(Drucksache [19/53 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/66 S

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt

Herrn Dr. Daniel K n o c k

anstelle der Deputierten Hela Dumas zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Nr. 19/67 S

Parlamentarische Kontrolle in den Beteiligungsgesellschaften ausbauen, nicht abbauen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. November 2015

(Drucksache [19/45 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/68 S

Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. November 2015

(Drucksache [19/51 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 19/69 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verantwortung für Kliniken, Patienten und Personal übernehmen! - Sanierungskurs der kommunalen Kliniken enger begleiten
Antrag der Fraktion der CDU vom 12. November 2015
(Drucksache [19/46 S](#))
2. Den kommunalen Klinikverbund zukunftsfest machen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. November 2015
(Drucksache [19/59 S](#))
3. Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. November 2015
(Neufassung der Drucksache [19/52 S](#) vom 19. November 2015)
(Drucksache [19/54 S](#))

